



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

354
dodis.ch/57589
Kenntnis genommen:
Pris connaissance:

10.4.91 R

Berne, le 4 avril 1991

Note d'information

Au Conseil fédéral

Ma visite officielle en Espagne le 21 mars 1991

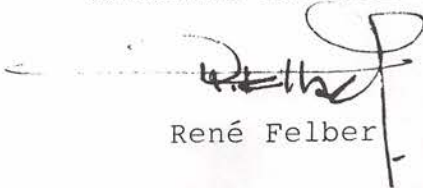
1. Je me suis rendu le 21 mars 1991 en visite officielle en Espagne où j'ai eu des entretiens avec mon homologue,
 - M. Francisco Fernandez Ordonez, Ministre des affaires étrangères, ainsi qu'avec
 - M. Felipe Gonzalez, Président du Gouvernement.

J'ai également été reçu en audience par le Roi au Palais de la Zarzuela.

2. Mes entretiens ont été consacrés pour l'essentiel d'une part à la situation internationale, et plus particulièrement aux suites de la guerre du Golfe et à la situation au Proche-Orient, et d'autre part à la négociation sur l'Espace Economique Européen.

Le compte rendu de mes entretiens figure en annexe de la présente note.

DEPARTEMENT FEDERAL DES
AFFAIRES ETRANGERES


René Felber

Annexe mentionnée



B e s u c h B u n d e s r a t F e l b e r (B R F)
i n M a d r i d

Am 21. Maerz 1991 hat BRF auf Einladung seines spanischen Amtskollegen, Francisco Fernandez Ordonez, Spanien einen Arbeitsbesuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit wurde er von Koenig Juan Carlos und von Regierungspraesident Gonzalez zu Gespraechen empfangen.

1. Audienz bei Koenig Juan Carlos

Koenig Juan Carlos empfing BRF in seiner Privatresidenz, dem Zarzuela-Palast, zu einem sehr herzlichen halbstuendigen Gespraech. Als grosser Freund und guter Kenner der Schweiz interessierte er sich insbesondere fuer die Perspektiven unserer Zusammenarbeit mit den EG. Er unterstrich im weiteren das Interesse, aber auch die Sorge Spaniens ueber die Zukunft Lateinamerikas. Was den dortigen Laendern fehlt, sagte er scherzhaft, ist ein Koenig, der ueber den Parteien steht. Er sei bereit, sich fuer einige Monate ausleihen zu lassen. Juan Carlos, der durch ein spontanes unkompliziertes Auftreten besticht, wird im Sommer dieses Jahres die ihm bereits frueher verliehene Ehrendoktorwuerde der Universitaet Fribourg entgegennehmen.

2. Besuch BRF bei Regierungspraesident Gonzalez (G.)

In einem sehr freundschaftlichen und intensiven Gespraech unterstrich G. die Notwendigkeit einer gemeinsamen EG-Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Golfkrise habe dies erneut gezeigt. Dies sei nicht nur eine Frage der ''Respektabilitaet'', sondern koennte auch von sehr praktischer Bedeutung werden, z.B. im Falle eines Konflikts im Mittelmeerraum. Was geschieht in einem solchen Fall, wenn die EG nicht handlungsfahig sind?

G. zeigte sich, im Unterschied zu seiner eher skeptischen Beurteilung rascher Fortschritte in Richtung auf eine politische Union, optimistischer mit Bezug auf die Erfolgsaussichten der

Wirtschafts- und Waehrungsunion. Es sei allerdings paradox, die Vorbehalte gegenueber der politischen Union mit Souveraenitaetsargumenten zu begruenden. Die Souveraenitaet der EG-Staaten werde viel staerker von einer Wirtschafts- und Waehrungsunion betroffen.

Nach Ausfuehrungen von BRF zum Stand der EWR-Verhandlungen aus schweizerischer Optik und den Entwicklungen auf der innenpolitischen Front, aeusserte G. sehr dezidiert seine Sicht der Dinge.

An die Adresse der Schweiz unterstrich er, dass der EWR als Teil der europaeischen Integration und in deren Logik verstanden werden muesse. Deshalb duerfe es auch keine Unvereinbarkeiten zwischen EWR und uebrigen Integrationsbemuehungen geben. Im EWR gehe es um mehr als um die Suche nach einem ausgewogenen Resultat im Sinne des ''do ut des'', naemlich um einen Beitrag an ein gemeinsames Konzept einer anzustrebenden europaeischen Gesellschaft. G. unterstrich die Notwendigkeit nach solidarischer Mitverantwortung in Europa.

Nach G. ist es falsch anzunehmen, die EG seien ein uebermaessig zentralistisch ausgerichtetes Gebilde. Zwar wuerden im Rahmen der EG staatliche Kompetenzen abgebaut, zugleich werde aber die Dezentralisierung auf unterem Niveau verstaerkt. So nehme die Bedeutung der autonomen Regionen Spaniens zu. Diese uebernaehmen, sozusagen im Auftrag Bruessels, immer mehr Kompetenzen, auch wenn der Gesprachspartner fuer die EG die spanische Zentralregierung bleibe. Als Beispiel fuehrte G. den Gesundheitsbereich an, der frueher fast ausschliesslich Sache von Madrid gewesen ist, heute aber zu ueber 60 o/o in den Zustaendigkeitsbereich der Regionen faellt. Eine aehnliche Entwicklung (50 zu 50) sei im Erziehungswesen festzustellen. Ziel Spaniens sei zwar nicht der Foederalismus, aber die Entwicklung gehe in Richtung einer starken Dezentralisierung.

Schliesslich betonte G., unter Hinweis auf seine eigene Erfahrung, wie notwendig es in solchen Situationen ist, dass die Regierung Fuehrung (''leadership'') uebernimmt. Dies sei bei der Abstimmung ueber den Verbleib Spaniens in der Nato unabdingbar

gewesen. Auch mit Bezug auf Europa gebe es in Spanien durchaus Stroemungen isolationistischen Charakters. In diesem Zusammenhang aeusserte sich G. auch freimuetig zum Instrument des Referendums und zur Technik der Fragestellung, um ein Ja zu erhalten. Zu viele Volksbefragungen sind seiner Meinung nach unerwuenscht.

3. Arbeitsgespraech mit Aussenminister Fernandez Ordonez (FO)

Die Gespraechе mit FO waren zum ueberwiegenden Teil den Verhandlungen ueber den europaeischen Wirtschaftsraum (EWR) und die ''Europaeische Architektur'' gewidmet.

Dem von BRF skizzierten Inventar der spezifisch schweizerischen Probleme (institutionelle und juristische Fragen, Transit, Uebergangsregelung im freien Personenverkehr etc.) und seiner Wuerdigung des gegenwaertigen Standes des Verhandlungsprozesses stellte FO die spanische Einschaeztung gegenueber: Seit der Rede von Praesident Delors im Jahre 1989 hat sich die Situation in Europa derart veraendert, dass mit ihr auch die Perzeption der Europaeischen Architektur durch die EG in einem neuen Umfeld erfolgt. Eine Konsequenz daraus ist die sich staendig erweiternde Liste der EG Beitrittskandidaten.

Aus spanischer Sicht bringt die Kreation des EWR vor allem wirtschaftliche Vorteile fuer die Schweiz, die durch ein gewisses Mass an solidarischem Verhalten kompensiert werden muessen. Diese Ueberlegungen erklart die Bedeutung, welche Spanien der Kohaesion neben Landwirtschaft und Fischerei im Verhandlungsprozess beimisst. Demgegenueber treten die Transitfrage (solange Spanien durch allfaellige bilaterale Abkommen nicht benachteiligt wird) und die institutionellen Probleme, welche vor allem der Kommission Kopfzerbrechen bereiteten, etwas zurueck. Zuversichtlich ist FO bezueglich des freien Personenverkehrs, einer politisch fuer beide Laender aeusserst sensiblen Frage, deren Regelung im Detail aber keine unueberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstehen sollten. (In diesem Zusammenhang wies er insbesondere daraufhin, dass Spanien in juengster Zeit von einem Emigranten- zu einem Einwandererland geworden sei.) BRF machte seinerseits deutlich,

dass die Schweiz seit je her die Bereitschaft gezeigt hat, regionale Ungleichgewichte solidarisch mitzutragen (z.B. EFTA-Fonds fuer Portugal) und auch bezueglich eines Kohaesiionsfonds verhandlungsbereit ist. Was die Landwirtschaft betrifft, verwies BRF auf die Komplexitaet der in Gang gesetzten Reformen, die sich in Richtung auf den von der EG vertretenen Ansatz bewegen. Die von der Schweiz bezueglich der Kohaesiionsprodukte in Bruessel unterbreitete Offerte wurde von den spanischen Gespraechspartnern denn auch positiv beurteilt.

Der Meinungs austausch ueber die internationale Situation konzentrierte sich auf den nahoestlichen Krisenherd. FO raeumte freimuetig ein, die EG habe sich als politisch unmuendig bzw. inexistent erwiesen. Umso groessere Bedeutung komme der langfristig angelegten italienischen/spanischen Initiative einer KSZM Konferenz zu. Diese sei spanischerseits durch die Besorgnis um das Verhaeltnis zu den Nachbarstaaten im Magreb motiviert, in denen sich ein virulenter Fundamentalismus manifestiere und die zu den arabischen Staaten - mit Ausnahme des Irak und Jordaniens - in einem offenen Gegensatz stueuden. Der naechste Impuls in Richtung auf eine Loesung der Konflikte in der Region koenne allerdings nur durch die USA erfolgen.

BRF und FO stimmten darin ueberein, dass fuer die Regelung der Probleme im Golf der Initiative 6+2 grosse Bedeutung zukommt. Voraussetzung ist allerdings, dass Iran beigezogen wird und die ihm gebuehrende Rolle als Regionalmacht spielen kann.

Bezueglich der Entwicklung in den Baltischen Staaten sind sich beide Gespraechspartner einig, dass deren Recht auf Selbstbestimmung zwar Unterstuetzung verdient, eine Balkanisierung der sowjetischen Einflusssphaere jedoch nicht wuensenswert ist.